

# frank deppe imperialer realismus?



**deutsche außenpolitik:  
führungsmacht in »neuer verantwortung«**

frank deppe  
imperialer realismus?

*Frank Deppe* (geb. 1941) war bis 2006 Professor für Politikwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg. Im VSA: Verlag erschienen zwischen 1999 und 2010 fünf Bände seines »Politischen Denkens im 20. Jahrhundert«, danach »Autoritärer Kapitalismus. Demokratie auf dem Prüfstand« (2013). Zum Themenbereich dieser Flugschrift veröffentlichte er u.a. als Herausgeber: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Zur Politischen Ökonomie der westeuropäischen Integration (1975); Jenseits der Systemkonkurrenz. Überlegungen zur neuen Weltordnung (1991); »Euro-Kapitalismus« und globale politische Ökonomie (mit Martin Beckmann und Hans-Jürgen Bieling) (2003); Europa im Schlepptau der Finanzmärkte (mit Joachim Bischoff, Richard Detje und Hans-Jürgen Urban) (2011); Imperialismus (mit David Solomon und Ingar Solty) (2011). Er ist Mitherausgeber der Zeitschriften »Sozialismus« und »Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung«.

frank deppe

**imperialer realismus?**

Deutsche Außenpolitik:

Führungsmacht in »neuer Verantwortung«

VSA: Verlag Hamburg

[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

© VSA: Verlag 2014, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg  
Alle Rechte vorbehalten  
Druck- und Buchbindearbeiten: Beltz Bad Langensalza GmbH  
ISBN: 978-3-89965-637-4

# Inhalt

Vorwort .....	7
<b>1. »Neue Macht – neue Verantwortung«: Das Projekt des Paradigmenwechsels in der Außen- und Sicherheitspolitik .....</b>	<b>11</b>
1.1 Kurswechsel in einer »Welt im Umbruch« .....	11
1.2 Realisten – Idealisten – kritische Internationale Politische Ökonomie .....	17
1.3 Neuer deutscher Imperialismus .....	27
<b>2. »Erst wenn die Schuldthesen erledigt sind, lässt sich über politische Verantwortung reden« (Herfried Münkler) .....</b>	<b>41</b>
2.1 Rückblick auf die »Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts«: der neue Geschichtsrevisionismus .....	41
2.2 Die Fischer-Kontroverse .....	46
2.3 Geschichtspolitik in den Vorhöfen der Macht .....	52
<b>3. Die Ukraine-Krise 2014 – als Brandbeschleuniger und als Erfahrung von Grenzen imperialer Träume .....</b>	<b>63</b>
3.1 Die Führungsrolle Deutschlands in Europa .....	63
3.2 Vom Majdan zu Jazenjuk: die Dynamik der inneren Konflikte .....	66
3.3 Geopolitische Interessenwidersprüche .....	73
3.4 Mediale Kriegsführung: Kampf um Deutungsmacht .....	85

<b>4. »Organische Intellektuelle« des Blocks an der Macht</b> .....	91
4.1 Intellektuelle und Medien-Macht: die Alpha-Journalisten .....	91
4.2 Intellektuelle und Politik: 68er, grüne Bellizisten und neue Philosophen .....	104
<b>5. Abschließende Anmerkungen: neue Weltordnung, Internationalismus und Probleme »linker Außenpolitik«</b> .....	121
5.1 Das Erbe des Internationalismus .....	121
5.2 Neukonfiguration von Innen- und Außenpolitik .....	123
5.3 Vom Kalten Krieg zur Globalisierung .....	126
5.4 Auseinandersetzungen um die neue Weltordnung .....	129
5.5 Agenda der Linken .....	134

## Vorwort

Mitte August 2014 reiste Bundesaußenminister und Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier (SPD) in den Irak, um sich dort über die Abwehr des Vormarsches der terroristischen IS-»Gotteskrieger« und über das Leid der Flüchtlinge, vor allem der Religionsgruppe der Jesiden, zu informieren. Hilfsmaßnahmen der Europäischen Union waren wenige Tage zuvor bei einer EU-Ratssitzung in Brüssel beschlossen worden. Minister der Bundesregierung – allen voran Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen – versicherten, dass die in Brüssel beschlossenen Maßnahmen Waffenlieferungen in das Krisengebiet einschließen. Kurz darauf beschloss das Bundeskabinett, den Grundsatz, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern, zu suspendieren. Ein außenpolitischer Paradigmenwechsel. Am Antikriegstag, dem 1. September 2014, begründete die Kanzlerin vor dem Bundestag diesen Wechsel. Die Mehrheit applaudierte. Damit ist öffentlich, dass Deutschland im Sommer 2014 eine neue Außenpolitik verfolgt. »Wegducken« gilt nicht mehr! Die deutsche Bundesregierung ist bereit, »mehr Verantwortung«, mehr noch: die Führung der EU bei internationalen Krisen im Namen der »westlichen Staatengemeinschaft« zu übernehmen.

Dazu gehören vermehrt auch militärische Einsätze. Während die deutsche Außenpolitik in den vergangenen beiden Jahrzehnten – auch dann, wenn die USA auf verstärkte Beteiligung drängten – immer wieder ihre von der Geschichte zweier Weltkriege diktierte Zurückhaltung bei militärischen Interventionen im Ausland hervorhob, wird jetzt betont, dass »die Gespenster einer entfesselten Machtpolitik Europa wieder einholen«. Die Brandherde sind zahlreich: »Stets die Ukraine, nun das Kurdendrama im Irak neben Syrien, gerade noch Nahost, immer wieder Libyen, Pakistan, Nigeria (Afghanistan wird schon gar nicht mehr erwähnt, F.D.) – seit Monaten schlägt die Kriegstrommel ihren Takt.« (Stefan Kornelius, Süddeutsche Zeitung vom 18.8.2014)

Alle diese »Brände« haben innere Ursachen. Sie sind aber auch Ausdruck von Widersprüchen und Krisen innerhalb der Ordnung



des kapitalistischen Weltsystems mit seinen gewaltigen sozialen Spaltungen, und sie sind eingebunden in geopolitische Interessenkonflikte zwischen den Großmächten und ihren Allianzen. Die Weltordnung scheint aus den Fugen geraten! Eric Hobsbawm hatte am Schluss seines großen Werks über das 20. Jahrhundert eine Epoche der »Finsternis« und der Barbarei vorausgesagt, falls es nicht gelingt, die Kräfte, die vom »gigantischen ökonomischen und technisch-wissenschaftlichen Prozess der Kapitalismusentwicklung« ausgehen, zu bändigen.<sup>1</sup> Diese Prognose scheint sich 20 Jahre später in der Wirklichkeit zu bestätigen. Der herrschende Diskurs über Fragen der Außen- und Militärpolitik reagiert auf die Gefahren und Risiken mit der Forderung nach dem Ausbau der Sicherheitsapparate und der erhöhten Bereitschaft, für die Sicherheit des Westens in den Krisenregionen der Welt auch militärisch einsatzbereit zu sein.

Für die Bundesrepublik Deutschland hat diese »Wende« eine besondere Bedeutung. Einerseits scheint sich in dieser Konstellation der Druck zu verstärken, dass die deutsche Regierung tatsächlich – wie es schon lange gefordert wird – »mehr Verantwortung« im Rahmen von EU und NATO übernimmt. Auf der anderen Seite ist Deutschland vor allem in der Finanz- und Wirtschaftskrise nach 2008 und in der »Eurokrise« seit 2009 zur »Führungsmacht« in der EU aufgestiegen – aufgrund seiner starken Ökonomie und inzwischen auch aufgrund seiner politischen Führungsrolle, die das Krisenmanagement seit 2009 als Austeritätspolitik durchsetzt. Diese »Führungsrolle« verlangt die Politik eines »kooperativen Imperialismus«, die zugleich militärische Interventionsfähigkeit in den Krisengebieten der Welt voraussetzt.

Der folgende Text behandelt die Entstehung und die verschiedenen Facetten eines Elitendiskurses, der unter dem Thema »Mehr Macht – mehr Verantwortung« im Jahr 2013 eröffnet wurde, dann aber schnell – u.a. durch Reden des Bundespräsidenten Gauck, aber auch durch das Regierungsprogramm der Großen Koalition – eine breitere Öffentlichkeit erreichte. Schließlich wurde der Diskurs

---

<sup>1</sup> Eric Hobsbawm: Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1994.

durch Debatten aus Anlass der Erinnerung an den Beginn des Ersten Weltkrieges im August 1914 wirkungsvoll flankiert. Die Krise in der Ukraine wirkte schnell als »Brandbeschleuniger«. Dabei spielen auch die für die Außen- und Sicherheitspolitik zuständigen sogenannten Alpha-Journalisten der großen Zeitungen und Magazine eine wesentliche Rolle.

Inzwischen ist das Thema der außenpolitischen Wende und der Führungsrolle Deutschlands zum zentralen Thema des öffentlichen Diskurses geworden. Dessen Initiatoren versprechen sich davon die Lösung eines Dilemmas, das sie immer wieder beklagen: die Kluft zwischen dem Elitendiskurs, der schon lange das Bekenntnis zu einer »realistischen Machtpolitik« (unter Einschluss der notwendigen militärischen Maßnahmen) fordert, und der Ablehnung einer solchen Politik bei der Mehrheit des Volkes.

Der folgende Text rekonstruiert diesen Diskurs und setzt sich kritisch mit ihm auseinander. Am Schluss wird die Frage angesprochen, wie linke Außenpolitik nicht nur auf diese Wende reagieren, sondern sich auch mit den Veränderungen in der Weltordnung und den Perspektiven machtpolitischer Konflikte auseinandersetzen muss, um auf den herrschenden Diskurs und die herrschende Politik angemessen zu reagieren. Das Terrain der Außenpolitik erwies sich für die historische Linke – zumal in Zeiten wachsender Spannungen und Kriegsgefahr im internationalen System – als besonders unsicher. Immer wieder gelang es den Herrschenden, schließlich doch Massenstimmungen für eine Politik zu erzeugen, die die Linke als »vaterlandslose Gesellen«, als Freunde »unserer Feinde« und damit als »nicht-akzeptable Bündnispartner« ins Abseits drängt. Umso mehr ist darauf zu achten, dass sich Geschichte – sei es als Farce oder Tragödie – nicht wiederholt.

Marburg, Anfang September 2014

*Frank Deppe*